

DEUTSCH-UNGARISCHE BEZIEHUNGEN IM KONTEXT DER DEUTSCHEN EINHEIT

ZWEITÄGIGE INTERNATIONALE KONFERENZ AN DER ANDRÁSSY UNIVERSITÄT IN BUDAPEST

Anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Einheit richtete die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem József Antall Wissenszentrum und der Andrassy Universität Budapest am 29. und 30. September 2015 eine zweitägige Konferenz aus. Im historischen Spiegelsaal der Andrassy Universität Budapest nahmen neben dem ungarischen Minister für Humanressourcen Zoltán Balog, Volkswirtschaftsminister Mihály Varga und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn Dr. Heinz-Peter Behr zahlreiche deutsche und ungarische Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kultur an der Veranstaltung teil. Ziel des Gedankenaustausches war, wichtige Facetten der deutsch-ungarischen Beziehungen zu analysieren und einen Diskurs einzuleiten, der die Zusammenarbeit beider Länder weiter vertieft.

Die zweitägige Konferenz startete mit einem kurzen Filmbeitrag: In diesem wurde anhand eines Zeitstrahls ein kurzer Abriss der bedeutendsten historischen Momente der deutsch-ungarischen Freundschaft von 1961 bis heute gezeigt. Dazu gehörten Ereignisse, wie das Paneuropäische Picknick genauso wie der deutsch-ungarische Freundschaftsvertrag 1992, die Eröffnung der Audi-Werke in Győr 1994, die Gründung der deutschsprachigen Andrassy Universität in Budapest 2001 oder der EU-Beitritt Ungarns 2004.

Eingeleitet wurde die internationale Konferenz mit kurzen Begrüßungsansprachen von **Prof. Dr. András Masát**, Rektor der Andrassy Universität Budapest, **Katalin Bihari**, Stellv. Direktorin des József Antall Wissenszentrums, und **Frank Spengler**, Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Heinz-Peter Behr, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, hielt anschließend ein

Grußwort, in dem er die historische Bedeutung der Ungarn für die deutsche Einheit herausstellte. Damals wie heute verbinde Deutsche und Ungarn eine „Freundschaft, in der auch Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeschlossen sind“, so Behr.

Die zweitägige Veranstaltung wurde anschließend von **Zoltán Balog**, Minister für Humanressourcen, eröffnet. In seiner Rede mahnte Balog Deutsche und Ungarn, aus der gemeinsamen Geschichte zu lernen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Flüchtlingskrise bekräftigte er, dass „tragfähige politische Entscheidungen nur getroffen werden können, wenn die Mehrheit des Volkes dahintersteht und gleichzeitig Minderheiten respektiert werden“. In diesem Zusammenhang bat Balog auch um „mehr Verständnis für Ungarns Flüchtlingspolitik“. Man sei offen für die Aufnahme von Flüchtlingen, aber dazu müsse man eben auch die Möglichkeit haben, entscheiden zu können, wen man aufnimmt.

In seiner Eröffnungsansprache mahnte der Minister für Humanressourcen Zoltán Balog an, dass man auch mit den kleinen Staaten in der EU auf „Augenhöhe“ kommunizieren müsse und bat um mehr Verständnis für die ungarische Politik.





PANEL 1: DAS „ANNUS MIRABILIS“

Die Konferenz wurde mit einem Meinungsaustausch über die Bedeutung des sogenannten „Jahres der Wunder“ 1989 und dessen weitreichende Folgen für die deutsch-ungarischen Beziehungen eingeleitet. In dem von **Prof. Dr. Ellen Bos**, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU, moderierten ersten Panel diskutierten **Prof. Dr. Andreas Oplatka**, Kuratoriumsvorsitzender der Andrassy Universität Budapest, und **Gergely Pröhle**, Stellv. Staatssekretär für internationale und EU-Angelegenheiten im Ministerium für Humanressourcen, den Erfolg der deutsch-ungarischen Beziehungen im Kontext des deutschen Einheitsjahres.

Einleitend erläuterte Bos, was das Jahr 1989 zum „Annus Mirabilis“, also zum „Jahr der Wunder“, macht: „Das Jahr 1989 war geprägt von einer Reihe bedeutender und so kaum erwarteter politischer Ereignisse. Zum einen erreichte die Demokratisie-

rungswelle in Osteuropa ihren Höhepunkt, zum anderen lüfteten die Ungarn den Eisernen Vorhang.“ Dies, betonte Bos, sei in einer Geschwindigkeit geschehen, die man zuvor für unmöglich gehalten habe: „Innerhalb weniger Wochen brachen festzementierte Regime in sich zusammen.“

In seinem 20-minütigen Vortrag fasste **Prof. Dr. Andreas Oplatka** zunächst zusammen, inwiefern die Ereignisse des Jahres 1989 einer „unausweichlichen Notwendigkeit, inwieweit der persönlichen Leistung Einzelner und inwieweit historischen Zufällen“ zu verdanken sind. So belegte Oplatka die historische Unausweichlichkeit der Ereignisse durch den langfristig ökonomisch-politischen Niedergang der Sowjetunion. „Die marode Wirtschaft der Sowjetunion war nicht mehr im Stande, die materielle Grundlage für eine global auftretende Supermacht zu sichern“, so Oplatka. Hinzu sei gekommen, dass Gorbatschow, der 1985 zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ernannt wurde, einen Reformkurs einleitete, der laut Oplatka „zur weiteren Schwächung und letztendlich dem Kollaps dieses politischen Systems führte“. Unter der Voraussetzung der Schwächung des kommunistischen Systems auch in den Satellitenstaaten seien laut Oplatka auch in Ungarn Ereignisse, wie die Rehabilitierung des Volksaufstandes von 1956 und der Abbau der Grenzanlagen, möglich geworden. Als Teil einer Kettenreaktion habe dies wiederum zur Flucht tausender DDR-Bürger und zur Schwächung und Auflösung der DDR-Diktatur geführt. Damit habe Ungarn den Prozess der deutschen Wiedervereinigung zwar „nicht herbeigeführt, aber doch entscheidend beschleunigt“.

Oplatka betonte jedoch weiterhin die Rolle der ungarischen Reformkommunisten, allen voran von Ministerpräsident Miklós Németh. Bei ihnen habe es sich um eine „Technokratengeneration gehandelt,



Botschafter
Dr. Heinz-Peter
Behr



Moderiert von Prof. Dr. Ellen Bos diskutierten Prof. Dr. Andreas Oplatka und Gergely Pröhle das Jahr der Wunder 1989.

die früh erkannt habe, dass das bestehende System wirtschaftlich in eine Sackgasse führte und Reformen ohne eine grundlegende Umgestaltung des politischen Systems selber nicht durchführbar sein würden“. Oplatka sieht es als einen Verdienst der Regierung Németh, dass die Wende in Ungarn nicht nur „blutlos und friedlich“, sondern auch unter „Beibehaltung der Funktions- und Zahlungsfähigkeit des Landes“ erreicht werden konnte.

Doch auch historischen Zufällen räumt Oplatka in seiner Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse des Jahres 1989 Raum ein: So habe Németh die Grenzanlagen im Westen einzig aus Kostengründen abbauen lassen, ohne zu ahnen, welchen politischen Sturm er damit auslösen würde. Auch sei es denkbar gewesen, auf wesentlich mehr Widerstand zu treffen, sowohl aus anderen kommunistischen Staaten, aus der Sowjetunion als auch aus den Reihen der eigenen Partei.

Gergely Pröhle wandte sich in seinem Redebeitrag insbesondere der retrospektiven Beurteilung der Wendejahre zu. Neben der Bedeutung für die deutsch-ungarischen Beziehungen, die Pröhle wie folgt charakterisierte: „Vor lauter Schulterklappen konnte man als Ungar kaum mehr gehen“, nahm auch er die Rolle der ungarischen Reformkommunisten unter die Lupe. „War die Grenzöffnung nun ein Verdienst, Zufall oder die große ungarische Schlamperie?“, fragte Pröhle provokativ. Für ihn sei die Frage noch ungeklärt, ob es sich damals um „Tapferkeit oder Opportunismus“ gehandelt habe. Pröhle betonte ebenfalls die historische Bedeutung des Volksaufstandes von 1956 für die ungarische Wende. So sei man zu der Einsicht gelangt, dass man die Lage nicht überstrapazieren könne. Die Kommunisten Ungarns wussten, so Pröhle, „sich rechtzeitig auf die Wende vorzubereiten, ihre politische Macht in eine wirtschaftliche Macht umzuwandeln und Dokumente, die sie belasten könnten, zu zerstören“. Pröhle bedauerte in diesem Zusammenhang, dass es in Ungarn nie

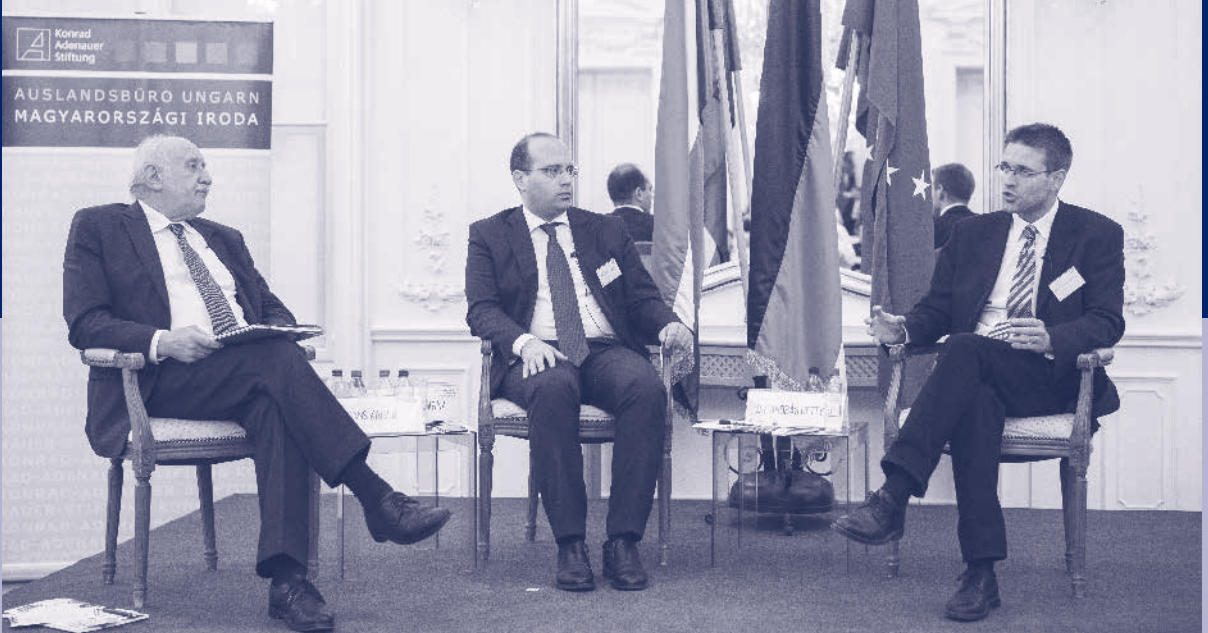
zu einer Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit kam, wie es beispielsweise in Deutschland der Fall gewesen sei.

„Man muss den Reformkommunisten zwar dankbar sein, dass die ungarische Wende so friedlich verlief. Jedoch sollte man auch sehen, dass die endlose Kompromissbereitschaft nicht nur Früchte trug“, führte Pröhle aus. Seines Erachtens seien viele Probleme, mit denen Ungarn heute zu kämpfen habe, auf falsche Kompromisse während der Wende zurückzuführen. Als Beispiel dafür nannte er die Befugnisse des Verfassungsgerichts, die von der letzten kommunistischen Regierung ausgeweitet, jedoch erst unter der Regierung Orbán wieder korrigiert wurden. Dies sei im Ausland unverdient auf viel Unverständnis gestoßen.

Pröhle kritisierte weiterhin die Haltung der damaligen internationalen Verhandlungspartner, zu denen auch Deutschland zählte, die nach der Wende den Umgang mit der alten und bereits bekannten politischen Elite bevorzugt hätten: „Der Blick auf Mitteleuropa wurde von einer klassischen Stabilitätspolitik bestimmt – nur kein zu großer Elitenwechsel.“ Viele der heutigen Probleme seien eine logische Folge des damaligen

Rund zweihundert Gäste nahmen an der zweitägigen Konferenz im prachtvollen Spiegelsaal der András-sy Universität teil. Hier im Bild: Einige KAS-Stipendiaten.





Moderiert von Dr. Ágoston Mráz (Mitte) diskutierten im zweiten Panel der Konferenz Dr. András Hettyey (rechts) und Hans Kaiser (links) wichtige Meilensteine der deutsch-ungarischen Beziehungen.

Opportunismus. Abschließend betonte Pröhle, dass es wichtig sei, heute nach 25 Jahren, klar die Widersprüche der ungarischen Wende zu benennen.

Im Anschluss an die Redebeiträge hatten beide Sprecher erneut die Gelegenheit, ihre Aussagen im Rahmen einiger Nachfragen der Moderatorin zu konkretisieren.

PANEL 2: DIE DEUTSCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE (1990-2015)

Das zweite Panel der Konferenz befasste sich im Rahmen einer Diskussion mit einer historischen Perspektive auf die Entwicklung der deutsch-ungarischen Beziehungen seit der Wiedervereinigung Deutschlands bis zum heutigen Tage. Die Moderation übernahm **Dr. Ágoston Mráz**, Direktor des Nézópont Instituts. **Dr. András Hettyey**, Lehrbeauftragter der Andrassy Universität Budapest, und **Hans Kaiser**, Minister a.D., ehem. Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung, erörterten für das Publikum erneut wichtige Meilensteine der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Dr. András Hettyey präsentierte in seinem Redebeitrag eine nüchtern distanzierte Analyse der deutsch-ungarischen Beziehungen. Dabei konzentrierte er sich auf die Jahre 1990 bis 2004. Mit diesem Zeitraum hatte sich Hettyey im Rahmen eines Forschungsstipendiums der ungarischen Akademie der Wissenschaften intensiv auseinandergesetzt. In Bezug auf die Rahmenbedingungen der deutsch-ungarischen Beziehungen nach der Wende betonte Hettyey: „Es gab keine gesonderte Taktik für Ost- und Mitteleuropa.“ Daraus hätten sich später viele Widersprüche entwickelt. Deutschland habe damals vor allem durch die EU-Integration versucht, seine außenpolitischen Ziele zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang sei die Bundesrepublik durchaus als

„Anwalt der ost- und mitteleuropäischen Staaten zu verstehen“, zitierte Hettyey eine damals oft genutzte Metapher. Insbesondere gegenüber Ungarn, das mit seiner Grenzöffnung zur Wiedervereinigung beigetragen hatte, fühlte sich Deutschland verpflichtet. Bei der EU-Integration Ungarns seien zwei Phasen zu unterscheiden, so Hettyey. Zunächst eine „Phase der Euphorie“ 1990/91, als ein schneller EU-Beitritt möglich schien. Kurz nach der Wende sei Ungarn allgemein sehr positiv beurteilt worden, doch der relative Vorteil gegenüber anderen Ländern der Region sei ab 1990 stetig abgeschmolzen. Nicht zuletzt habe dies dazu geführt, dass Polen mehr in den Fokus der Integrationsbestrebungen geriet und der EU-Beitritt Ungarns immer weiter hinausgeschoben wurde. Diese Phase ab 1992/93 bezeichnete Hettyey als „Phase der Ernüchterung“. Trotzdem sei für Deutschland die EU-Aufnahme Ungarns stets ein tief verankerter Wunsch gewesen.

In manchen Belangen seien die damaligen deutsch-ungarischen Beziehungen jedoch auch mit Enttäuschung auf ungarischer Seite betrachtet worden. Hettyey konstatierte, dass Deutschland bei Interessenkonflikten zwischen Frankreich oder auch Russland auf der einen Seite und Ungarn auf der anderen Seite, die Interessen Ersterer stets höher bewertet habe. So habe Deutschland beispielsweise die NATO-Aufnahme Ungarns „verzögert und nie klar Stellung bezogen“. Genauso sei Deutschland nie bereit gewesen, „Schiedsrichter zwischen Ungarn und seinen Nachbarländern zu spielen oder die Autonomieforderungen der Antall-Regierung zu unterstützen“.

Hans Kaiser erlaubte in seinem Redebeitrag einen Blick hinter die Kulissen der deutschen Politik. „Zwar hat sich die Bundesrepublik Deutschland Ungarn gegenüber tatsächlich in besonderer Weise verpflichtet gefühlt, hat aber immer gleichzeitig auch Interessenpolitik betrieben“, so Kaiser. Mit der



EU-Integration habe man in einer Zeit höchster Fragilität, auch im Hinblick auf Russland, „für Sicherheit und Stabilität in dieser Region Europas“ sorgen wollen. Trotz der vielen Verzögerungen, die es in diesem Prozess gab, habe man sich von deutscher Seite stets den EU-Beitritt gewünscht. Hier betonte Kaiser im Speziellen die enge Beziehung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten József Antall. Kohl habe es verstanden, seinem Gesprächspartner das Gefühl zu geben, auf Augenhöhe zu kommunizieren. Dies - hier erlaubte sich Kaiser einen kleinen Seitenhieb auf die gegenwärtigen deutsch-ungarischen Beziehungen - sei heute manchmal nicht mehr der Fall. Doch auch weitere wichtige Personenkonstellationen der deutsch-ungarischen Beziehungen hob Kaiser in seinem Redebeitrag hervor: So erwähnte er die guten Beziehungen zwischen Kohl und dem 1994 zum Ministerpräsidenten gewählten Gyula Horn, bei dem es laut Kaiser „auch keine Rolle gespielt hat, dass er von einer anderen Partei war“. Ebenso hob Kaiser die engen Beziehungen zwischen Kohl und dem derzeitigen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán hervor, der bereits bei seinem ersten Regierungsantritt 1998 als „politischer Ziehsohn Kohls galt“. Dahingegen sei es unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Péter Medgyessy (2002-2004) zu ersten Interessenkonflikten mit Deutschland gekommen und auch der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány (2004-2009) habe laut Kaiser „in Berlin kein hohes Ansehen genossen“. Wirklichen Schaden hätten die deutsch-ungarischen Beziehungen jedoch nie genommen.

Auch auf den Stand der aktuellen Beziehungen nahm Kaiser Bezug. So seien Maßnahmen unter Orbán, aber auch die aktuelle Flüchtlingspolitik Ungarns auf viel Missverständnis in Deutschland gestoßen und in den Medien werde „jedem mit Aversion begegnet, der für Ungarn Partei ergreift“. Dies bewertete Kaiser als „ausgesprochen schwierig“ und



verurteilte insbesondere Stimmen, die den Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze mit der innerdeutschen Mauer verglichen: „Dies ist eine absolute Verharmlosung dessen was an der ehemaligen innerdeutschen Grenze – am Todesstreifen – passiert ist.“

Auf Nachfrage des Moderators **Dr. Ágoston Mráz** nahmen beide Sprecher in einer anschließenden Diskussion noch zu weiteren Fragen Stellung. So stellte Mráz unter anderem die Frage nach der Entwicklung der Wahrnehmung Ungarns in den deutschen Medien. Laut Hettyey sei die Wahrnehmung in den deutschen Medien insbesondere bis 2004 sehr positiv gewesen. Einen Stimmungsumschwung sieht Hettyey seit der zweiten Orbán-Regierung 2010 – „seitdem hat sich die Frequenz der Kritik erhöht“. Kaiser stimmte dem zu, kritisierte jedoch, dass es hier eine gezielte Manipulation in den Medien gebe. Als Beleg dafür zog er eine Studie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik heran. In seinem Schlusswort wünschte sich Kaiser für die Zukunft eine ausgeglichene und fundiertere Ungarn-Berichterstattung.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Beziehungen bestärkte Kaiser erneut, dass Deutschland stets ein treuer wirtschaftlicher Partner für Ungarn war: „Unabhängig davon, wer in Ungarn regierte, unterstützte Deutschland weiterhin, was es für unterstützenswert hielt.“



ANDRÁSSY UNIVERSITÄT BUDAPEST

Andrassy Universität Budapest (AUB) ist die einzige vollständig deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums. Die AUB ist ein akademisches Gemeinschaftsprojekt für Ungarn und Europa, welches als eine gemeinsame deutschsprachige universitäre Brücke für den Donaauraum dient. Gegründet wurde die Universität im Jahr 2001 von der Bundesrepublik Deutschland, Ungarn, der Republik Österreich, dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern. Sie bietet ein innovatives Profil für Internationalität am Wissenschaftsstandort Budapest. Bei der Lehre an der AUB stehen Geschichte, Politik, Recht und Wirtschaft der Staaten in Ost-Mitteleuropa im Vordergrund. Die AUB bietet Master- bzw. Aufbaustudiengänge und Ph.D.-Programme an.

ANTALL JÓZSEF WISSENSZENTRUM

Das Wissenszentrum ist ein von politischen Parteien und Ideologien sowie von der Tagespolitik unabhängiges Institut, dessen vorrangiges Ziel die Pflege des geistigen und intellektuellen Erbes des ersten frei gewählten Ministerpräsidenten Ungarns, Dr. József Antall (1932-1993), ist. Das Wissenszentrum wurde im Frühling 2010 in Form einer Stiftung gegründet und ist seitdem an der Corvinus Universität Budapest angesiedelt. Das Hauptprofil des Instituts ist die Organisation von Programmen, die den jungen Intellektuellen eine breite Palette von Kenntnissen – in Form von Konferenzen, Vortragsreihen, Bildungsprogrammen und Rundtisch-Gesprächen – bietet. Ferner wird das Profil des Wissenszentrums von politik- und gesellschaftswissenschaftlichen Publikationen und Forschungstätigkeiten geprägt.



Am Abend des ersten Konferenztages lud Dr. Heinz-Peter Behr, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, die Redner und Veranstalter der Konferenz zu einem Empfang in die deutsche Botschaft ein.

Wirtschaftsminister Mihály Varga hob hervor, dass für die ungarische Wirtschaft die Beziehungen zu Deutschland entscheidend seien.



PANEL 3: DEUTSCH-UNGARISCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Zum Auftakt des zweiten Konferenztages hielt **Mihály Varga**, Volkswirtschaftsminister Ungarns, einen Impulsvortrag zum Thema „Deutsch-ungarische Wirtschaftsbeziehungen“. „Deutsche Wirtschaftsperspektiven sind zugleich ungarische Perspektiven“, betonte Varga die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen beider Länder. In den vergangenen 25 Jahren seien Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern noch stärker geworden. „Bis heute sind das Grundwerte unserer politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen“, so Varga. Dies zeige sich auch daran, dass nach wie vor jeder dritte Fremdsprachenschüler in Ungarn Deutsch lerne. Über die enge Zusammenarbeit mit den über 6.000 in Ungarn tätigen deutschen Unternehmen äußerte sich der Minister zuversichtlich. Diese würden in Ungarn ein Viertel der ungarischen Außenwirtschaftsbeziehungen, ebenso wie ein Viertel der ungarischen Exporte und Importe bestreiten. Hier nannte Varga vor allem die deutsche Automobilindustrie als entscheidende Kraft, merkte im Hinblick auf die aktuelle VW-Abgas-Affäre jedoch auch an: „So lange es der deutschen Automobilbranche gut geht, geht es Ungarn gut – aber wenn sich das ändert, haben wir ein Problem.“ Daher hoffe er, neben der Automobilindustrie in Zukunft auch andere Industriezweige stärker einzubeziehen, um einer einseitigen Abhängigkeit vorzubeugen. Die Herstellung von medizinischen Instrumenten nannte Varga hier als Beispiel. Als weitere Ziele identifizierte der Minister ein stärkeres gemeinsames Auftreten auf Drittmärkten, die weitere Beteiligung deutscher Unternehmen in Ungarn am Hochschulwesen und eine fortgesetzte enge Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer. „Das Feedback seitens der deutschen Unternehmen spielt für uns eine wichtige Rolle“, beteuerte Varga hinsichtlich des von ihm als partnerschaftlich eingeschätzten Verhältnisses.

Dem Vortrag folgte eine Paneldiskussion mit **Dale Martin**, Präsident der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, **Prof. Dr. Péter Ákos Bod**, Professor für Wirtschaft an der Corvinus Universität Budapest, und **Kludia Pataki**, Bürgermeisterin von Kecskemét. Die Moderation der Diskussion führte **Jan Mainka**, Herausgeber der Budapester Zeitung. Es wurden Voraussetzungen und Perspektiven einer weiteren Vertiefung der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen diskutiert.

Dale Martin sah hier den „zeitgerechten, konstruktiven Dialog“ zwischen Vertretern deutscher Unternehmen und der ungarischen Regierung als entscheidend an. Als Beispiel brachte er die Einführung des elektronischen Warenverfolgungssystems EKÁER in Ungarn an. Dieses habe man im Dialog mit dem Wirtschaftsministerium und mit Unterstützung der Medien weiter verbessern können.





Dale Martin, Jan Mainka, Klaudia Pataki und Prof. Dr. Péter Ákos Bod (von links nach rechts) diskutierten im ersten Panel des zweiten Konferenztages Perspektiven der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen.

Dale Martin betonte in seinem Redebeitrag die Bedeutung des „konstruktiven, zeitgemäßen Dialogs“ für den Erfolg der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen.



Bürgermeisterin **Klaudia Pataki** wünschte sich eine weitere Förderung der dualen Berufsausbildung, die sie als den „richtigen Weg“ für das ungarische Bildungssystem ansieht. Hier müsse noch „viel Überzeugungsarbeit bei Jugendlichen und Eltern“ geleistet werden. Kampagnen dazu sollten schon in der Grundschule ansetzen. Hier sieht Pataki die Verantwortung beim Volkswirtschaftsministerium, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Martin ergänzte, dass man das Bewusstsein schaffen müsse, dass eine solide Facharbeiterausbildung von Vorteil sein kann und auch ein späteres Studium nicht ausschließe. „Kaiser Franz-Joseph hatte auch eine Tischlerlehre angefangen, bevor er Kaiser wurde“, bemerkte Martin dazu anekdotisch. Doch auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Ungarn müssten erst noch Vertrauen zur dualen Ausbildung gewinnen. „Viele Firmen scheuen die Investition in die Ausbildung, da sie nicht wissen, ob sie die Auszubildenden später an sich binden können“, so Martin. Eine stärkere Förderung des Dienstleistungssektors forderte, neben Pataki, auch **Prof. Dr. Péter Ákos Bod** und nahm dabei Bezug auf Vargas Kritik an der wirtschaftlichen Monokultur. „Der Dienstleistungsverkehr ist heute in Zentraleuropa wichtiger als der Warenverkehr“, ergänzte Bod. Dafür sei es aber auch von Bedeutung, die Vermittlung von Fremdsprachen stärker zu forcieren.

Auch der in Ungarn drohende Fachkräftemangel wurde thematisiert. Pataki betonte, dass es in vielen Regionen Ungarns noch Arbeitsmarktreserven gebe, deren aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt aber durch fehlende Mobilität verhindert werde. „Die Leute fühlen sich ihrer Heimat verbunden und ziehen nicht gerne weg. Es gibt aber bisher auch keine ausreichenden Verkehrsanbindungen, die tägliches Pendeln ermöglichen würden“, so Pataki über die Notwendigkeit weiterer Investitionen in die Infrastruktur. Bod hingegen betonte gerade die Mobilität der jungen Generation und das damit verbundene Problem der Abwanderung. „Wenn ein Arzt ins Ausland geht, ist das okay. Wenn vier gehen, ist das ein Problem. Wenn 16 gehen, können Sie das Krankenhaus dichtmachen“, fasste Bod das Problem für die hiesige Gesellschaft zusammen. Gerade als Vater frage er sich: „Wie bekommt man die Kinder aus Westeuropa wieder heim?“ Seiner Ansicht nach müssten neue Investitionen her, die in der Folge auch neue lukrative Positionen schaffen, beispielsweise im mittleren und höheren Management. Pataki ergänzte, dass laut ihrer Erfahrung auch „weiche Faktoren“ eine Rolle spielten, um einen Standort attraktiv für Arbeitnehmer zu machen. Dazu zählte sie vor allem gut entwickelte Freizeit-, Sport-, Kultur- und Bildungsmöglichkeiten.

Am Ende der Diskussion wurde auch das Thema Einwanderung kurz angeschnitten. Bod betonte dabei, dass neben Deutschland und Frankreich auch Ungarn langfristig auf mehr Migration angewiesen sein werde. Sich Einwanderung völlig zu verschließen, sei eine „wenig zukunftsfähige Arbeitsmarktpolitik“. Den allgemein positiven Tenor der Diskussion fasste Moderator **Jan Mainka** abschließend wie folgt zusammen: „Die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen funktionieren. Es gibt diverse Herausforderungen, über die wir uns dank einer soliden Basis und kompetenten Akteuren auf beiden Seiten, keine großen Sorgen machen müssen.“



PANEL 4: EUROPAPOLITIK AUS DEUTSCHER UND UNGARISCHER SICHT

Im folgenden Panel der Konferenz moderierte **Boris Kálnoky**, Korrespondent für „Die Welt“, eine Diskussion über Europapolitik aus deutscher und ungarischer Sicht. **Dr. Barbara Lippert**, Forschungsdirektorin des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, **Vince Szalay-Bobrovniczky**, Stellv. Staatssekretär für EU-Angelegenheiten in Ministerpräsidentenamt, und **Jens Paulus**, Teamleiter Europa / Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, sprachen sich über die unterschiedliche Beurteilung der Europapolitik, aber auch der aktuellen Flüchtlingsfrage in Deutschland und Ungarn aus.

„Die deutsche Frage ist wieder auf dem Tisch“, charakterisierte **Dr. Barbara Lippert** die zunehmenden Spannungen, die aus der Dominanz Deutschlands in der EU erwachsen. Lippert, die als Expertin für Europapolitik die Entwicklung Deutschlands in der EU über die letzten 25 Jahre hinweg beobachtet hat, konstatierte: „Deutschland ist systemrelevant und heute kommt es auf deutsches Handeln oder Nicht-Handeln an.“ Als problematisch sehe sie aber, dass es Deutschland dabei an einer „strategischen Vision“ fehle. So lasse sich die Europapolitik Deutschlands oft mit einem „Zickzackkurs“ beschreiben und wirke regelmäßig „experimentell“. Statt dem früheren „Niemals allein“ seien heute immer mehr „politische Alleingänge Deutschlands“ zu beobachten. Insbesondere die „deutsche Sondermoral“ oder das „deutsche Diktat“ in Bezug auf die Flüchtlingskrise würden aktuell von anderen europäischen Ländern kritisiert. Lippert merkte an, dass Deutschland nur noch zögerlich eine weitere Integration Europas forcieren. Stattdessen gebe es Bestrebungen, die Zusammenarbeit der Kernstaaten mehr zu betonen, aber auch da gebe es Ambivalenzen. „Alles in allem ist Deutschland zum europapolitischen Wackelkandidaten geworden, auf den man sich nicht mehr so einfach verlassen kann“, fasste Lippert zusammen.



Vince Szalay-Bobrovniczky gab in seinem Redebeitrag einen Einblick in die ungarische Perspektive der Europapolitik. In den meisten wichtigen Fragen orientiere man sich zwar noch an Deutschland. Auf der anderen Seite betonte Szalay-Bobrovniczky jedoch: „Ungarische Europapolitik besteht daraus, Freiräume für Ungarn zu schaffen.“ Dies werde gerade eindrücklich an der Flüchtlingsfrage demonstriert. Für Ungarn sei die deutsche Lösung hier „nicht akzeptabel“, betonte Szalay-Bobrovniczky. „Schengen und Dublin verpflichten uns, und wir müssen diese Verträge einhalten.“ Auch eine Quotenregelung für Flüchtlinge lehne Ungarn vorerst konsequent ab, da sie zum einen „die Sekundärmigration vernachlässigt“ und zum anderen müsse Ungarn erst seine Grenzen schützen, „erst dann können wir über Quoten entscheiden“. Ein weiterer Faktor spiele auch die Stimmung in der ungarischen Bevölkerung: „Wir wissen wie das Volk denkt und das können wir nicht ignorieren.“ Szalay-Bobrovniczky hofft, dass die Zukunft Ungarn in dieser Frage recht geben werde.

Auf die Frage, ob die Europäische Union an der Flüchtlingskrise zerbrechen könne, zeigte sich **Jens Paulus** gelassen. Als dritter Sprecher des Panels

Im von Boris Kálnoky (2. v. l.) moderierten vierten Panel diskutierten Jens Paulus, Vince Szalay-Bobrovniczky und Dr. Barbara Lippert Europapolitik aus deutscher und ungarischer Sicht.



„Ich wünsche mir mehr Debatten über den Fortgang der EU über die Ländergrenzen hinaus – statt immer nur Ablehnung“, so Jens Paulus über die Bedeutung einer gemeinsamen Vision für die Zukunft der EU.

betonte er, dass „die EU schon lange kein Projekt mehr sei, sondern ein Zustand – und Zustände lassen sich nur schwer ändern“. Allerdings sehe auch Paulus gewisse „Bruchstellen“. Die EU müsse sich anpassen und habe bereits im Rahmen der „qualifizierten Mehrheitsentscheidung im Innenministerrat in Brüssel“ gezeigt, dass sie dazu in der Lage sei: „Dies ist bemerkenswert und hätte es so – unter anderen Bundeskanzlern – früher nicht gegeben.“ Damit die EU aber „mit der Zeit gehen könne“, brauche es laut Paulus eine Debatte über den Fortgang der EU in allen Teilen Europas – nicht nur in Deutschland, Frankreich und den EU-Institutionen. Es sei jedoch absehbar, dass Deutschland dabei auch in Zukunft eine Rolle spielen müsse, so Paulus: „Deutschland hat sich diese Rolle nicht selbst ausgesucht, sondern sie wurde uns nahegelegt. Wir werden nicht umhinkommen, sie anzunehmen.“ Hier sieht Paulus Parallelen zur USA und betont in diesem Kontext die „überbordende Interessenskongruenz“ zwischen beiden Ländern und die nach wie vor „starke transatlantische Verankerung Deutschlands“.

Hinsichtlich der Westbindung Deutschlands erwähnte Paulus auch die laufenden Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP). Hier würde man vor der zukunftsweisenden Entscheidung



stehen: „Lassen wir uns von Bedenkenträgern leiten oder haben wir den Mut dieses Abkommen zu unterzeichnen.“ Nach Ansicht Paulus' sollten wir die Chance ergreifen, bevor es „andere Mächte“ tun.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde erörterten alle drei Podiumsgäste die Frage einer europäischen Einwanderungspolitik. Lippert betonte, dass in diesem Punkt in naher Zukunft kein Konsens innerhalb Europas abzusehen sei. „Die Frage ist jedoch, ob sich Länder der Schengen-Zone auf Dauer der Einwanderung verschließen können“, gab Lippert zu bedenken. Paulus betonte einerseits, dass „man kein Land gegen seinen Willen zum Einwanderungsland machen kann“. Doch ergänzte er andererseits, dass „wir uns alle ändern müssen“. Dazu gehöre laut Paulus eben auch, dass die Bevölkerung gebildet und aufgeklärt werden muss. Abschließend mahnte Szalay-Bobrovniczky dazu an, dass „man auch die Sorgen der kleinen Länder sehr ernst nehmen müsse“. Seiner Ansicht nach machten sich die Osteuropäer immer stärker bemerkbar und gerade in der aktuellen Krise könne man sehen, dass Länder wie Ungarn die europäische Debatte zu prägen wissen.

PANEL 5: AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Am Nachmittag hielt **Prof. Dr. Ellen Bos** einen Einführungsvortrag zum Thema deutsch-ungarische Außen- und Sicherheitspolitik im geschichtlichen Abriss von 1990 bis heute. Dazu erörterte Bos zunächst die Ausgangssituation beider Staaten nach 1990. Diese habe sich für Ungarn und Deutschland recht unterschiedlich gestaltet: Während Ungarn erstmalig außenpolitische Souveränität genoss und zunächst einmal Ziele für seine Außenpolitik definieren musste, sei Deutschlands bisher größtes außenpolitisches Ziel mit der Wiedervereinigung erfüllt worden. „Von Deutschland erwartete man nun eine höhere Verantwortungsübernahme und eine aktivere Politik“, skizzierte Bos die veränderten Anforderungen an die Außenpolitik Deutschlands und ergänzte: „Es wurde erwartet, dass





man die ‚Scheckbuchdiplomatie‘ überwindet.“ Mit den veränderten Erwartungen habe sich allerdings auch das Auftreten Deutschlands verändert: „Deutschland ist selbstbewusster geworden, hat sich besser für eigene Interessen eingesetzt und wich auch öfter einmal vom zuvor betonten Multilateralismus ab.“

Ungarn hingegen habe nach 1990 seine außenpolitische Rolle „ganz neu“ definieren müssen. Es hätten sich jedoch drei Pfeiler der ungarischen Außenpolitik herausgebildet, die laut Bos bisher jede ungarische Regierung, wenn auch in unterschiedlicher Priorisierung, mitgetragen habe: „Das ist erstens die Integration in die euro-atlantischen Beziehungen. Zweitens die friedliche Kooperation mit den Nachbarstaaten und drittens das Engagement für die außerhalb der Grenzen lebenden ungarischen Minderheiten.“ Seit Kurzem sei jedoch in der ungarischen Außenpolitik die Herausbildung eines vierten Pfeilers - „die Politik der globalen Öffnung“ - zu beobachten. Wie Bos es beschrieb: „Ungarn will das Tor in den Osten sein.“ Dies führe jedoch auch zu Konflikten mit Deutschland, wie man am Thema der Sanktionen gegen Russland beobachten könne.

Dem Vortrag von Prof. Dr. Bos folgte eine Paneldiskussion mit **Dr. Ulrich Schlie**, Fellow am Weatherhead Centre for International Affairs der Harvard University, **Markus Lackamp**, Leiter des Teams Außen-, Europa-, Finanz- und Wirtschaftspolitik im Bereich Programm und Strategie der CDU Deutschlands, und **Dr. András Deák**, Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Die Moderation wurde von **Márton Schöberl**, Generaldirektor des Instituts für Auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaft, übernommen.

Zum zentralen Thema der Diskussionsrunde wurde die Frage nach den wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Russland durch die EU. Zwar waren sich alle Panelteilnehmer einig, dass es Sanktionen be-

darf und die völkerrechtliche Verletzung auf der Krim durch Russland zu verurteilen sei – „Wir dürfen nicht zulassen, dass so eine Verhaltensweise um sich greift“, so **Dr. András Deák**. Jedoch gab es unter den Podiumsgästen genau wie zwischen den Ländern der EU unterschiedliche Standpunkte zu Wirksamkeit und Schädlichkeit der Sanktionen. Unterschiede fänden sich, so Bos, vor allem abhängig davon, ob gerade Sicherheitsinteressen, wirtschaftliche Interessen oder Wertepolitik im Fokus ständen.

Angesprochen auf die ablehnende Haltung Ungarns gegenüber wirtschaftlichen Sanktionen betonte Deák, dass im Vergleich zu Polen, das sich außenpolitisch durch Russland bedroht fühle, in Ungarn „ganz klar wirtschaftliche und energiepolitische Interessen im Vordergrund stehen“. Darauf Bezug nehmend kritisierte **Markus Lackamp**, dass man Außenpolitik und Handelsinteressen nicht zu eng verknüpfen dürfe: „Außenpolitik sollte vornehmlich nationale und sekundär erst wirtschaftliche Interessen vertreten.“ Auch stimmten er und Bos überein, dass ebenso Deutschland einen wirtschaftlichen Schaden durch die Sanktionen zu verkraften habe. „Unsere Nach-



Bild links: Über deutsche und ungarische Strategien im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sprachen im fünften Panel der Konferenz Markus Lackamp, Dr. András Deák, Márton Schöberl, Prof. Dr. Ellen Bos und Dr. Ulrich Schlie (von links nach rechts).



kriegsordnung, in der Grenzen nicht einfach verschoben werden können, muss es uns wert sein“, schob Lackamp dem noch nach. Deák relativierte noch, dass die bisherigen Sanktionen gegen Russland sogar „als relativ billige Sanktionen“ zu bezeichnen sind. In diesem Zusammenhang räumte er ein, dass hinter der ungarischen Ablehnung der Sanktionen eventuell doch politische Gründe zu suchen seien.

Auf die Frage, wie ein Embargo gegen Russland enden könne, waren sich Bos und Lackamp einig, dass dies nur von Russland ausgehen könne. „Wir können nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen handeln und das Embargo zurücknehmen. Wir müssen in dieser Frage Härte und Ausdauer zeigen“, forderte Lackamp. Bos ergänzte, dass es dafür nichtsdestotrotz essentiell sei, weiterhin den Dialog mit Russland zu suchen. Deák zeigte sich skeptisch - „Russland aus der Weltwirtschaft auszuschließen birgt politische Risiken“. Außerdem sei nicht zu quantifizieren, ob die Sanktionen den gewünschten Effekt erzielen würden. Abschließend lenkte er jedoch ein: „Derzeit sehe auch ich keine andere Lösung.“

Neben Unstimmigkeiten wurden in der Paneldiskussion auch Wege zu einer besseren deutsch-ungarischen Zusammenarbeit im Bereich Außenpolitik erörtert. Wie Prof. Dr. Bos anführte, käme es hier oft zu Missverständnissen. Von ungarischer Seite wurde angedeutet, dass es sich um ein sprachliches Problem handle. Bos äußerte jedoch die Vermutung, dass es bei den Interessendivergenzen beider Staaten vielmehr um „Unterschiede im Wertefundament geht“. Diese Ansicht wurde auch von Dr. Schlie geteilt. Er regte an: „Wir müssen häufiger diskutieren, ob wir noch gemeinsame Vorstellungen von der Zukunft des transatlantischen Bündnisses und der EU haben.“ Laut Lackamp unterscheide sich auch das Politikverständnis der Ungarn von dem der Deutschen. So sehe er Politik nicht immer nur als „ein Umsetzen dessen, was das Volk will“. „Es ist meine

Überzeugung, dass, wenn ich politisch aktiv bin, ich inhärente Werte habe, die mich antreiben, Politik zu machen. Dafür steige ich dann auch in die politische Arena und kämpfe“, formulierte Lackamp.

Profitieren könnten die deutsch-ungarischen Beziehungen, da sind sich alle Sprecher einig, auch von einer Verbesserung der Gesprächskultur beider Länder. So würden Diskussionen viel zu oft auf einer emotionalen Ebene ausgefochten, bemängelte Bos: „Es braucht ein besseres Verständnis dafür, wie man politische Konflikte austrägt. Auch Kritik muss in der deutsch-ungarischen Beziehung möglich sein.“ Schlie warb an dieser Stelle für die große Bedeutung deutsch-ungarischer Institutionen, wie der Andrassy Universität oder dem Auslandsbüro Ungarn der Konrad-Adenauer Stiftung und äußerte den Wunsch nach weiteren deutsch-ungarischen Stiftungen.

Laut den Sprechern des Panels sei auch die Diskurskultur in den Medien von zentraler Bedeutung für die deutsch-ungarischen Beziehungen. Insbesondere das „Ungarnbashing in westeuropäischen Medien“ wurde hier von mehreren Seiten mit Sorge aufgenommen. Bos kritisierte unter anderem, dass Journalisten kaum vor Ort seien und die Sprache nicht beherrschen würden. „Das sind ungünstige Voraussetzungen für eine objektive Berichterstattung“, so Bos.

Am Ende der Diskussion schien das einstimmige Kredo der Panelteilnehmer trotzdem zu sein, dass die deutsch-ungarischen Beziehungen im außenpolitischen Bereich zwar gut und stabil wären – „Wir haben im Grunde die gleichen Werte und Ziele“, so Lackamp – dass es jedoch auch Mängel, insbesondere im Bereich der Gesprächskultur und der Kommunikation gebe.

PANEL 6: KULTURELLE BEZIEHUNGEN

Im letzten Panel der Konferenz wurden kulturelle Beziehungen zwischen beiden Ländern thematisiert. **Prof. Dr. András Masát** führte kurz in die Thema-



tik des Gedankenaustausches ein und moderierte nachfolgend das Gespräch. **Judit Hammerstein**, Generaldirektorin des Balassi-Instituts, **Imre Ritter**, Sprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung, **Maren Schoening**, Vorsitzende des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks, und **Thomas Mahrenholtz**, Direktor der Deutschen Schule Budapest, besprachen sich über den prosperierenden kulturellen Austausch der beiden Länder und stellten in kurzen Redebeiträgen ihr jeweiliges Arbeitsfeld vor.

Den Anfang machte **Judit Hammerstein**, die zunächst einen kurzen Einblick in die Arbeit des Balassi-Instituts gab. Die Aufgabe des Kulturinstituts sei es, „ein positives, werteorientiertes Bild über Ungarn im Ausland zu vermitteln“, so Hammerstein. In Deutschland sei man sogar mit zwei Instituten, davon eines in Berlin, das andere in Stuttgart, vertreten.

Eine besondere Rolle in den deutsch-ungarischen Beziehungen komme der Literatur zu. Hammerstein betonte, dass viele ungarische Schriftsteller, darunter Imre Kertész, Péter Nádas und György Konrád, zumindest vorübergehend ihre Wahlheimat in Berlin gefunden hätten. Man schätze an Berlin vor allem die Weltoffenheit und oft spiele Deutschland auch eine Schlüsselrolle für den internationalen Erfolg ungarischer Autoren: „Der Weg der ungarischen Literatur zur Weltliteratur führt durch Berlin.“ Zu den Meilensteinen, die zur Popularität der ungarischen Literatur in Deutschland geführt hätten, zählte Hammerstein unter anderem die Frankfurter Buchmesse 1999, auf der Ungarn Ehrengast war, die Verleihung des Leipziger Buchpreises zur Europäischen Verständigung 1997 an Imre Kertész und die Auszeichnung Péter Esterházy 2004 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels.

Neben ungarischer Literatur seien aber auch andere Genres für die deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen von Bedeutung. Hammerstein betonte, dass man dabei versuche, die reiche ungarische Kultur

möglichst in ihrer ganzen Vielfalt zu repräsentieren - „vom Mainstream bis zur alternativen Subkultur“. Das deutsche Publikum sei besonders aufgeschlossen, lobte die Generaldirektorin des Balassi-Instituts. Das äußere sich auch darin, dass in Deutschland „das kulturelle Angebot sehr stark, das Netz der Kultureinrichtungen sehr feingliedert und die Kulturförderung breit aufgestellt sei“. Trotz der eigentlich idealen Gegebenheiten für Kultur in der Bundesrepublik gebe es auch Schwierigkeiten bei der Vermittlung ungarischer Kultur. „In Deutschland gibt es eine starke soziale Einbettung der Kultur und Kunst. Sie soll aktuelle politische und gesellschaftliche Fragen reflektieren. Das ungarische Angebot ist hingegen statischer und zurückhaltender – das kann zu Missverständnissen führen“, schilderte Hammerstein.

Als zweiter Sprecher des Panels berichtete **Imre Ritter** von seinen Erfahrungen als Sprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung. Dies sei ein gänzlich neues Mandat, das erst seit der letzten Parlamentswahl bestehe. Deshalb habe man im vergangenen Jahr vor allem daran arbeiten müssen, „Räume und Präzedenzfälle“ für dieses Amt zu schaffen. Als Erfolge seiner bisherigen Arbeit nannte Ritter hier, dass man das Gewohnheitsrecht durchgesetzt habe, dass die Nationalitätensprecher in ihrer jeweiligen Muttersprache Ansprachen im ungarischen Parlament halten dürfen. Auch im Bereich der Haus-



Imre Ritter, Judit Hammerstein, Prof. Dr. András Masát, Maren Schoening und Thomas Mahrenholtz (von links nach rechts) diskutierten im letzten Panel den Stand der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn.

Als Sprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung hob Imre Ritter in seinem Redebeitrag die Brückenfunktion der Ungarndeutschen für das kulturelle Verhältnis beider Länder hervor.



haltungspolitik kann Ritter Erfolge verzeichnen. So habe er in nur acht Monaten Amtszeit erreichen können, dass vier Milliarden Forint mehr als bisher zur Förderung der Ungarndeutschen zur Verfügung stehen. Dies sei laut Ritter ein großes Zeichen gewesen: „Frühere Unterstützungen haben die Ungarndeutschen langsam ausbluten lassen. Jetzt ist man wieder motiviert.“ Besonderes Engagement widmet Ritter der Förderung des Muttersprachenunterrichtes: „Es ist wichtig, dass unsere Kinder mit ihrer Muttersprache aufwachsen können, deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, dass die Unterstützung für Sprachcamps und Nationalitätenschulen um das Neunfache erhöht wurde.“

Auch für die ungarische und deutsche Politik sei die deutsche Minderheit eine große Chance. Bei Gesprächen mit deutschen Politikern, die Ungarn besuchen, sei Ritter als Sprecher der Ungarndeutschen oft anwesend und suche auch das Gespräch. Auf deutscher Seite würde dies oft zu einem besseren Verständnis für Ungarn führen: „Politiker, die sich mit der deut-



schen Minderheit auseinandersetzen, sehen Ungarn fortan mit anderen Augen“, so Ritter. Abschließend fasste er zusammen: „Die Ungarndeutschen haben das größte Interesse daran, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn gut sind, denn Konflikte schießen immer zuerst auf uns zurück.“

Maren Schoening schilderte in ihrem Redebeitrag die Anliegen des erst im diesem Jahr gegründeten Deutsch-Ungarischen Jugendwerkes: „Das Deutsch-Ungarische Jugendwerk versteht sich als Mittler zwischen den jungen Menschen in Ungarn und Deutschland in allen Lebensbereichen.“ Es habe zwar schon immer viele Anknüpfungspunkte zwischen beiden Ländern gegeben, aber gerade in den letzten Jahren habe man „sich aus den Augen verloren“. So verzeichnete Schoening auf deutscher Seite „viel Nichtwissen, wenn es um Ungarn geht“ und besonders jungen Menschen fehle es an einem Geschichtsverständnis für Mittel- und Osteuropa. Diese Wissenslücke zu schließen und für mehr Verständnis zwischen beiden Ländern zu werben, sieht Schoening auch als weitere Aufgaben des Deutsch-Ungarischen Jugendwerkes. Im Vergleich zum Deutsch-Französischen und dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk handele es sich beim Deutsch-Ungarischen Jugendwerk nicht um eine zwischenstaatliche Einrichtung, sondern um einen Verein. Seinen Schwerpunkt lege das Deutsch-Ungarische Jugendwerk auch nicht nur auf Jugendliche, sondern ebenso auf junge Erwachsene bis 35. So organisiere man beispielsweise eine ‚Startup-Konferenz‘, die auch wirtschaftliche Kooperationen mit Ungarn vermittelt.

„Mit unserer Arbeit wollen wir ein kleines Steinchen im Mosaik der deutsch-ungarischen Beziehungen sein“, wiederholte Schoening zum Abschluss ihres Redebeitrages erneut das Anliegen des Deutsch-Ungarischen Jugendwerkes.

Als letzter Sprecher des Panels stellte **Thomas Mahrenholtz** die Arbeit der Deutschen Schule Budapest



„Wir wollen für deutsche und ungarische Kinder ein Ort der Begegnung sein“, so Thomas Mahrenholtz, Direktor der Deutschen Schule Budapest (im Bild rechts), über die täglichen Herausforderungen an einer Auslandsschule.

vor, die in diesem Jahr ihr 25. Jubiläum feierte. 1990 sei die Schule von der Stadt Budapest, Ungarn, dem Land Baden-Württemberg und der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel gegründet worden, die deutsch-ungarischen Beziehungen zu vertiefen und die deutsche Nationalität sowie die deutsche Sprache zu fördern. „Alle vier Gründer unterstützen uns bis heute finanziell und personell“, so Mahrenholtz. Er versteht die Deutsche Schule Budapest daher als eine ‚Begegnungsschule‘, in der deutsche und ungarische Kinder gemeinsam lernen können. „Wir leben die deutsch-ungarischen Beziehungen jeden Tag vor.“ Obwohl der Schwerpunkt der Schule auf der deutschen Sprache liege, versuche man im Schulalltag beide Kulturen miteinander zu verbinden. Als Beispiel dafür führte Mahrenholtz die Abiturfeierlichkeiten an, bei denen die Schüler sowohl deutsche als auch ungarische Traditionen zelebrieren würden. Mahrenholtz betonte, dass an seiner Schule „das Verständnis für die jeweils andere Kultur, Toleranz und das Gespräch miteinander, nicht übereinander,“ einen besonders hohen Stellenwert erfahre. „Deshalb nehmen wir beispielsweise auch an ‚Jugend debattiert‘ teil.“ Doch Begegnung finde nicht nur in der Schülerschaft statt, sondern auch im Kollegium, in dem laut Mahrenholtz ungarische Ortslehrkräfte und deutsche Auslandslehrer Hand in Hand zusammenarbeiten. „Das ist zum einen sehr befruchtend, kann aber auch belastend sein“, schildert Mahrenholtz die Herausforderungen eines internationalen Lehrerkollegiums. Man habe viel dazu lernen müssen und biete den Lehrern heute auch ‚interkulturelle Trainings‘ an.

Die Schule wachse stetig und sei gerade bei Ungarn sehr beliebt. „Wir müssen unsere Plätze im Losverfahren vergeben“, vergegenwärtigte Mahrenholtz die große Nachfrage nach einem Platz an seiner Schule. Während für deutsche Schüler die Schule „ein Stück Deutschland“ symbolisiere, sei sie für die ungarischen Schüler oft Sprungbrett, um später ein Studium in Deutschland zu beginnen. In seinem Re-

debeitrag teilte Mahrenholtz ebenfalls einige positive Zukunftsaussichten der Schule mit: So werde man eine neue Grundschule bauen, für die die Bundesrepublik 50 Prozent der Kosten tragen werde. Im Rahmen dieser Erweiterung werde man in Zukunft 15 Auslandslehrer gestellt bekommen. Auch habe man für das kommende Schuljahr eine Berufsberaterin einstellen können. In seinem Schlusswort betonte Mahrenholtz, dass er hoffe, dass die Deutsche Schule Budapest auch zukünftig „ein festes Standbein in der deutsch-ungarischen Beziehung“ bleibe.

In seiner Aufgabe als Moderator des Panels fasste **Prof. Dr. Masát** seinen Eindruck des Panelgesprächs wie folgt zusammen: „Auswärtige Bildungs- und Kulturpolitik gewinnt eindeutig an Bedeutung. Es ist wichtig, dass man Kulturpolitik dabei nicht nur als Beischmuck der deutsch-ungarischen Beziehungen sehen darf.“ Um die von allen Sprechern des Panels positiv wahrgenommene Zusammenarbeit im kulturellen Bereich langfristig zu vertiefen, bedürfe es aber „kontinuierlicher Arbeit vor dem Hintergrund eines sich ständig ändernden Kontextes“, erinnerte Hammerstein abschließend.

Mit ungarischen Volksliedern beendeten Júlia Kubinyi und Balázs Szokolay Dongó die zweitägige Konferenz.

Mit ungarischer Volksmusik ließ Júlia Kubinyi, instrumental begleitet durch Balázs Szokolay Dongó, die zweitägige Konferenz musikalisch ausklingen.





In den Räumlichkeiten der Andrassy Universität Budapest wurde auch eine Ausstellung über den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gezeigt, dankenswerterweise von der Stiftung für die Geschichts- und Gesellschaftsforschung Mittel- und Ost-Europas zur Verfügung gestellt wurde.

DIE AKTIVITÄTEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN UNGARN

Die Stiftung leistet einen Beitrag zur Konsolidierung der demokratischen Entwicklung im Lande, fördert die Prinzipien einer sozial- und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und unterstützt Projekte zur Integration des Landes in die europäischen, atlantischen und internationalen Strukturen. Neben der Förderung eines werteorientierten europäischen Bewusstseins und der aktiven Teilhabe der Bürgergesellschaft an demokratischen Prozessen verfolgt die Konrad-Adenauer-Stiftung auch das Ziel, eine verantwortete Erinnerungskultur aufzubauen. Darüber hinaus stehen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und zunehmend auch die ungarischen Überlegungen zur Nachhaltigkeit (u.a. Umwelt, Klima, Energie) im Mittelpunkt der Projektarbeit.

Die Werte einer parlamentarischen Demokratie und die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sollen in breiten Bevölkerungskreisen nachhaltig Akzeptanz finden. Möglichst viele Menschen, insbesondere Frauen und junge Leute, sollen zur aktiven Mitarbeit in der Politik gewonnen und als Kandidaten bzw. Mandatsträger für öffentliche Aufgaben geschult werden.

Der bilaterale Wissenstransfer und personenorientierte Dialogmaßnahmen prägen das Instrumentarium des Auslandsbüros. Die Stiftung bietet verstärkt auch Plattformen für einen regionalen Gedankenaustausch an. Die wichtigsten Bildungsmaßnahmen sind Fachkonferenzen, Symposien, Vortragsveranstaltungen, Rundtischgespräche, Seminare und Workshops. Ferner stellt die KAS ein umfangreiches Angebot an politischen und fachspezifischen Publikationen zur Verfügung. Daneben vergibt das Auslandsbüro seit 2011 Stipendien für ein Studium an der deutschsprachigen Andrassy Gyula Universität Budapest. Das Auslandsbüro pflegt auch einen engen Kontakt zu den vor Ort lebenden deutschen und ungarischen Altstipendiaten.

Wesentliches Merkmal der Aktivitäten der KAS ist die Zusammenarbeit mit den ungarischen Partnern auf gleicher Augenhöhe. Die Stiftung ermöglicht und befördert den politischen Dialog vor allem zu Sachthemen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Sie bietet dabei ihr internationales Netzwerk unterstützend an.

Die Stiftung arbeitet eng und partnerschaftlich mit den beiden ungarischen EVP-Parteien FIDESZ Ungarische Bürgerliche Union und Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) zusammen – vor allem aber auch mit der Stiftung für ein Bürgerliches Ungarn (PMA). Weitere wichtige Partner der KAS sind: die Andrassy Gyula Universität Budapest, das Museum Haus des Terrors, das Robert Schuman Institut, der Verband der Ungarischen Selbstverwaltungen, die Stiftung Verbrechen des Kommunismus, das Antall József Wissenszentrum, die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, die Nationale Universität für den Öffentlichen Dienst, der Rákóczi Verband, der Nationale Rat für Nachhaltige Entwicklung sowie ungarische Städte und Gemeinden (z.B. Sopron).



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

*Deutsch-ungarische Beziehungen im Kontext der deutschen Einheit
Internationale Konferenz in Budapest
anlässlich des 25. Jahrestages der deutschen Einheit*

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Batthyány u. 49
1015 Budapest

Text

Katrin B. Holtz

Redaktion

Bence Bauer LL.M.
Frank Spengler

Lektorat

Luisa Hammer
Elisabeth Percs
Alexandra Daám

Fotos

Andrassy Universität Budapest/
Balázs Szecsódi ©
S. 6: Andrassy Universität Budapest/
Krisztián Bódis ©
S. 6: Antall József Wissenszentrum/
Gabriella Steingart ©

Design

Balázs Mózes-Finta

Dieses Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-615-80349-0-6

www.kas.de/ungarn